

„Die Tibeter haben Anspruch auf ihr Land!“

Thomas Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments, ist seit 1999 Vorsitzender der *Tibet Intergroup* und sehr engagiert für Tibet.

Er schildert im folgenden Artikel, wie sich Europa für Tibet einsetzt und welche Hindernisse es gibt.

von Thomas Mann

Das Europaparlament (EP) hat derzeit 785 Abgeordnete aus 27 Ländern, etwa 80 gehören der *Tibet Intergroup* an. Dieses Forum des EP für Tibetfragen wurde 1989 von dem französischen Europaabgeordneten Michel Hervé ins Leben gerufen mit dem Ziel, den an Tibet interessierten Parlamentariern Informationen über Tibet zu geben, ein Diskussionsforum zu bieten und politische Aktionen zu unterstützen.

Wir versuchen, durch Resolutionen die Europäische Kommission dazu zu bewegen, Menschenrechtsverletzungen in China im Rahmen des Dialogs ‚Europäische Union – China‘ zu behandeln. Diese Resolutionen gehen auch an den Rat und an die Vertretungen der Europäischen Kommission in den jeweiligen Ländern.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass bei allen Unterschieden der Parteien, bei allen Differenzen aufgrund von Länderzugehörigkeit beim Thema Menschenrechte immer eine sehr große Einigkeit herrscht. Fast alle Resolutionen des Europäischen Parlaments zum Thema Tibet wurden einstimmig angenommen. In den Resolutionen setzen wir uns zum Beispiel dafür ein, dass der Autonomiestatus, den der Dalai Lama anstrebt, umgesetzt werden kann. Autonomie bedeutet nicht ein unabhängiger Staat, sondern dass Tibet innerhalb des chinesischen Staatsverbands eigenständig ist, eigenständig in der Kultur, in der Tradition, in der Religiosität. Dafür tritt der Dalai Lama ein und wir genauso.



Wir teilen auch die Position des Dalai Lama, Tibet als Ganzes zu sehen, also die Provinzen Kham und Amdo einzuschließen. Autonomie bedeutet ja nicht, dass ein Staatsgebilde entsteht, sondern dass es eine autonome Region gibt. Die Tibetische Autonome Region [Kernland Tibet, von der chinesischen Regierung zur ART ausgerufen, Anm. der Red.] ist nur ein Teil, Kham und Amdo gehören dazu. Es geht darum, dass eine Minderheit – in diesem Fall die Tibeter – die Möglichkeit hat, existieren zu können, eine eigene Identität zu haben, Traditionen auszuüben und ihrer Religion zu folgen, wie es auch in anderen Ländern dieser Welt möglich ist. Nichts anderes haben die Tibeter verlangt. Der Dalai Lama ist dieser Position treu geblieben. Wenn die Chinesen jetzt sagen, das sei ein Großtibet, ein Allmachtsanspruch, dann ist das nichts als politische Propaganda.

Neben der Eigenständigkeit in Fragen der Kultur, Sprache und Religion setzen wir uns in Europa auch für wirtschaftliche Eigenständigkeit ein. Zum Überleben gehört, dass man Herr über die eigenen Bodenschätze ist. Tibet ist u.a. so interessant, weil es ungeheuer viele Bodenschätze beherbergt. Und hier spielt auch Macht eine Rolle. Beim Bau der Eisenbahn ging es ja nicht nur darum, viele Touristen nach Tibet zu bringen, sondern massive wirtschaftliche Gründe standen dahinter: Je leichter diese Bodenschätze ausgebeutet werden können, desto mehr Kapital bringt das.



Rund 200 Teilnehmer aus 20 Ländern nahmen an der Europäischen Parlamentarierkonferenz zu Tibet am 8. November 2007 in Brüssel teil. Auf dem Podium diskutierten (von rechts nach links): Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments, Thomas Mann, Vorsitzender der *Tibet Intergroup*, und Kelsang Gyaltzen, Repräsentant S.H. des Dalai Lama in Genf.

Umso wichtiger ist es für die internationale Völkergemeinschaft, dass in Tibet kein Raubabbau betrieben wird. Das ist eine ganz wesentliche Dimension, da hat der Dalai Lama absolut Recht. Wir im Europäischen Parlament unterstützen auch hier seine Haltung. Außenpolitik, Verteidigung, Sicherheitsfragen – das können die

Chinesen eigenmächtig regeln, nur müssen sie eine internationale Garantie dafür geben, dass die Tibeter überleben können.

Ein Problem innerhalb der Europäischen Union sehe ich in den unterschiedlichen Kompetenzen. Die Mitgliedsstaaten wollen ihre eigene Souveränität bewahren und eine eigenständige Außenpolitik betreiben. Die Europäische Union kann nicht mit einer Stimme sprechen. Wir haben für Außenpolitik die Europäische Kommission mit Frau Ferrero-Waldner an der Spitze. Dann gibt es Herrn Solana, zuständig für die Außenpolitik des Rates der Europäischen Union, und dann haben wir noch den jeweiligen Außenminister des Landes, das gerade die Ratspräsidentschaft ausübt. Das sind drei Ansprechpartner, und das macht alles schwerfällig.

Das Europäische Parlament fordert daher einen Sonderbeauftragten für Tibet. Nun sagt die Kommission: Außenpolitik ist unsere Kompetenz, wir brauchen für Tibet keinen Extra-Beauftragten, sondern behandeln das Thema schon im Rahmen des EU-China-Dialogs. Dort werden in der Tat Menschenrechtsthemen besprochen, aber eben nur als ein Thema unter vielen anderen, etwa Wirtschaftsabkommen, Forschung usw. Hätten wir einen Sonderbeauftragten für Tibet, so könnte der einen ganz klaren Standpunkt erarbeiten und einbringen, so wie in den USA Frau Dobrianski, die seit Jahren eine sehr erfolgreiche Politik betreibt.

„Tibet nicht zum Reservat machen“

Interview mit Thomas Mann von Monika Deimann-Clemens

Frage: 2002 wurde der sino-tibetische Dialog wieder aufgenommen. Das Europaparlament hat die Gespräche begrüßt. Doch es gab keine Fortschritte. Die Fronten scheinen sich eher verhärtet zu haben. Hat der Dialog noch eine Zukunft?

Antwort: Wir haben im Februar 2007 eine Resolution im Europäischen Parlament verabschiedet und gefordert, dass ein Jahr nach der letzten Begegnung der Dialog wieder angeschoben wird. Kurz danach fand die 6. Gesprächsrunde statt. Hier gibt es zwei Aspekte: Was ist die Außenwirkung und was sind die Fakten, was ist dabei herausgekommen? Daran gemessen brachte auch diese 6. Runde keine nennenswerten Ergebnisse. Das Problem

beim chinesisch-tibetischen Dialog liegt darin, dass zu wenig Inhalte behandelt werden. Die offizielle chinesische Lesart dieser Treffen ist: Da kommen Tibeter, die ihre Verwandten zu Hause besuchen wollen.

Dennoch halten wir es für wichtig, dass der Dialog geführt wird – und zwar auf hoher Ebene seitens der chinesischen Regierung. Die beiden Sondergesandten des Dalai Lama haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es schwierig und zäh ist. Aber besser, man führt einen Dialog, selbst ohne Resultate, als dass überhaupt nichts passiert.

Doch wenn der Dialog fortgesetzt wird und es kommt überhaupt nichts dabei heraus, dann wird man einwen-

den, es sei ja nur ein PR-Mittel der chinesischen Regierung, damit sie sagen kann: Ja, es finden Gespräche statt. Wenn die Resultate so dürftig sind, kann ich verstehen, dass junge Tibeter fragen: ‚Dieser Weg, der friedliche Weg des Dalai Lama, was hat er uns eigentlich gebracht?‘ Ich verstehe die Ungeduld, aber ich akzeptiere keine Alternative zum friedlichen Weg des Dalai Lama. Das betrifft nicht nur mich als Person. Auch wir im Europäischen Parlament folgen dem Weg des Dalai Lama, dem Weg des friedlichen Ausgleichs, der Notwendigkeit zu sagen, das Tibetproblem muss im Rahmen eines Dialogs gelöst werden. Eine andere Chance gibt es aus meiner Sicht nicht.

Manchmal erscheint es so, als sei diese Strategie zu defensiv. Auch gibt es Leute, die meinen, dass man international nur zur Kenntnis genommen wird, wenn man Gewalt ausübt, Bomben zündet – dann komme man in die Schlagzeilen. Der Weg des Dalai Lama ist ein völlig anderer, und ich hoffe sehr, dass es wirklich ein Weg der Zukunft ist.

Die Chinesen müssen aber auch sehen, gerade mit Blick auf die Olympischen Spiele: Wenn es keine konkreten Ergebnisse gibt, dann glaube ich nicht, dass diese Olympischen Spiele 2008 reibungslos ablaufen werden. So einfach, wie es sich die chinesische Regierung macht, wird es mit Sicherheit nicht sein. Ich hoffe sehr, dass die Chinesen erkannt haben, welche Gefahr darin besteht, wenn man nichts tut, wenn man immer wieder nur behauptet, die – ich zitiere – „Dalai Clique“ sei an allem schuld. Auf diese Weise kann man kein Vertrauen aufbauen.

Frage: Bei Tibet geht es – vor allem von staatlichen Seiten – fast ausschließlich um Menschenrechte und die Strategie „Wandel durch Handel“. Aber es gibt ein Problem: In einem demokratischen China würde Freizügigkeit herrschen, d.h. es könnten noch mehr Chinesen nach Tibet kommen als jetzt schon, einfach auf der Suche nach Gelderwerb. Sie würden allein durch ihre Menge die Tibeter weiter zurückdrängen, so dass bald eine Situation entstünde wie in den Reservaten in Amerika. Bräuchte Tibet nicht auch die Möglichkeit, seine Grenzen zumindest zeitweilig für Zuwanderer zu schließen?

Antwort: Ja, das sehe ich als ein großes Problem an. Eine Ghettoisierung darf nicht passieren. Das würde heißen, wir hätten einzelne Inseln, wo nur die Leute leben dürfen,

die miteinander leben wollen. Das geht auf keinen Fall, wir brauchen Freizügigkeit. Aber greifen wir Ihr Gedankenbild auf, China fände einen Weg zur Demokratie – es ist ja im Augenblick eine Diktatur, ein total beherrschtes Land –, dann hätten wir keinen Zentralismus, sondern dezentrale Entscheidungen. Auch die Regionen hätten Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht. Dann würde sich dieses Verhältnis völlig entkrampfen, weil ja auch andere Teile von China aufgrund des unheimlichen Wirtschaftsbooms, den wir gerade dort erleben, hochinteressant sind.

Die Chinesen sind ja nicht gezwungen, nach Tibet zu kommen. Wenn es weiterhin darum geht, dass vor allem die Bodenschätze dort ausgebeutet werden sollen, dann ist das hochattraktiv, das habe ich verstanden. Aber wir wollen ja auch erreichen, dass Tibet nachher nicht zu einer Art Disneyland wird, zu einem Freilichtmuseum. Dann hätten Sie Recht zu sagen, das ist wie bei den Indianern in den Reservaten.

Die Tibeter wollen natürlich kein Reservat. Sie haben einen Anspruch auf ihr Land! Das ist ganz wichtig. Das muss in Verträgen verankert werden, und internationale Kontrolle muss gewährleistet sein, so dass sie sich dazu bekennen können, Teil der internationalen Staatengemeinschaft zu sein. Und dann muss man auch die Bevölkerungsfrage in Verhandlungen regeln. Aber die Situation: hier leben nur die Tibeter, da leben nur die Mongolen und dort nur die Uiguren – ich glaube, das wäre der völlig falsche Weg. Wir werden Veränderungen haben, die Kulturen werden sich vermischen, aber uns ist wichtig, dass die tibetische Identität gewahrt bleibt.



Thomas Mann, 1946 geboren, ist seit 1994 Europa-Abgeordneter der CDU. Er arbeitet in verschiedenen Ausschüssen zu wirtschaftlichen und sozialen Themen und setzt sich für Menschenrechte ein. Seit 1999 ist er Vorsitzender der *Tibet Intergroup* des Europäischen Parlaments.